

10.02.2016

Vertraulich!  
Inhalt nur für Ratsmitglieder bestimmt!

## Niederschrift

**über die 54. (821.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Mittwoch, den 10. Februar 2016, 20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses**

---

Es sind erschienen:

Es fehlt entschuldigt:

Ratsvorsitzende Birgit Kolb-Binder  
Stv. Bürgermeister Dirk Bohlen  
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen  
Ratsherr Rainer Adelmund  
Ratsherr Willy Bollenberg  
Ratsherr Johann Bünting  
Ratsherr Gert Kämper  
Ratsfrau Vanessa Schmidt  
Ratsherr Olaf Sommer  
Ratsherr Sigurd Uecker

Bürgermeister Uwe Garrels  
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes  
Protokollführerin Katja Heimes

Tourismusmanager Hinrik Dollmann

### **Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzende Kolb-Binder eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**

Bürgermeister Garrels berichtet über die Bitte des Architekten der Baufirma Steckel den Tagesordnungspunkt „Bauantrag Richard Steckel“ von der Tagesordnung abzusetzen, weil er noch eine Erläuterung zum Bauantrag verfassen möchte. Der Landkreis Wittmund hatte auf Schwierigkeiten mit den Grund- und Geschossflächenzahlen hingewiesen. Der Architekt habe erklärt, dass die zusätzliche Überschreitung mit dem Fahrstuhl als Teil der barrierefreien Ausstattung des Hauses zusammenhänge.

Auf Antrag Bürgermeister Garrels wird der Tagesordnungspunkt

**Zu Punkt 15: Bauantrag Richard Steckel GmbH, Flinthörnweg 14  
Umbau und Umnutzung des Beherbergungsbetriebes „Haus Flinthörn“ zu einem Wohngebäude mit 5 Ferienwohnungen  
(s. Vorlage Nr. VO16-025)**

einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend.

**Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 53. (820.) ordentliche Sitzung des Rates am 16. Dezember 2015\_**

Die Niederschrift über die 53. (820.) ordentliche Sitzung des Rates am 16. Dezember 2015 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 53. (820.) ordentliche Sitzung des Rates am 16. Dezember 2015 wird mit 9 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

**Zu Punkt 5: Beschlussfassung über die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung**

Entfällt!

**Zu Punkt 6: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

Es liegen keine Berichte vor.

**Zu Punkt 7: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**

Ralf Deeling, Langeoog

Herr Deeling verweist auf den Tagesordnungspunkt 19 „Antrag Ratsherr Kämper für ein ganzjähriges Verbot von Feuerwerken auf Langeoog“. Er frage für den Dörpfest e.V., ob ein Feuerwerksverbot auf Langeoog wirklich gewollt sei. Er habe am 30. Oktober letzten Jahres ein Gespräch mit dem Bürgermeister gehabt um für das traditionelle Feuerwerk zum Abschluss des Dorffestes eine Lösung zu finden. Hierzu habe er einen schriftlichen Antrag eingereicht. Es gäbe keine Studie über auffälliges Verhalten der Tiere in Verbindung mit dem Abbrennen von Feuerwerken. Er bittet keine voreilige Bauchentscheidung zu treffen.

**Zu Punkt 8 : Sitzübergang gemäß §§ 44 Abs. 1 NKWG i. V. m. § 77 NKWO (s. Vorlage Nr. VO16-037)**

Der durch die Mandatsrückgabe des Ratsherrn Joke Pouliart zum 16.12.2015 frei gewordene Ratssitz geht gemäß § 44 Abs. 1 NKWG (Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz) i. V. m. § 77 NKWO (Nds. Kommunalwahlverordnung) auf die nächste Ersatzperson der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“, Frau Vanessa Schmidt, über.

Der Rat stellt einstimmig fest, dass der durch die Mandatsrückgabe von Ratsherrn Joke Pouliart zum 16.12.2015 frei gewordene Ratssitz nunmehr auf Frau Vanessa Schmidt übergeht.

**Zu Punkt 9: Feststellungsbeschluss über den Sitzerwerb von Frau Vanessa Schmidt gemäß § 51 in Verbindung mit § 52 NKomVG**

Die Mitgliedschaft der Nachfolgerin beginnt grundsätzlich mit der Annahme der Wahl gemäß § 40 NKWG. Die Annahme muss spätestens in der Sitzung des Rates erklärt werden, so dass die Nachfolgerin anschließend an der Sitzung teilnehmen kann.

Frau Schmidt hat mit Schreiben vom 28.01.2016 erklärt, dass sie gemäß § 40 NKWG den frei gewordenen Ratssitz annimmt.

Der Rat stellt einstimmig fest, dass Frau Vanessa Schmidt als Nachfolgerin in den Rat der Inselgemeinde Langeoog nachrückt.

**Zu Punkt 10: Verpflichtung der Ratsfrau Vanessa Schmidt gem. § 60 NKomVG**

Bürgermeister Garrels verpflichtet Ratsfrau Schmidt ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.

Gleichzeitig wird die Pflichtenbelehrung gemäß § 60 NKomVG durch den Bürgermeister vorgenommen. Die Pflichtenbelehrung wird entsprechend den Vorschriften des NKomVG aktenkundig gemacht.

Anschließend nimmt Ratsfrau Vanessa Schmidt an den Beratungen und Abstimmungen teil.

**Zu Punkt 11: Benennung der Bündnis 90/Die Grünen-Ratsmitglieder**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen besteht aus folgenden Ratsmitgliedern:

Stv. Bürgermeister Dirk Bohlen  
Ratsfrau Vanessa Schmidt  
Ratsherr Olaf Sommer

Stv. Bürgermeister Dirk Bohlen als Sprecher der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen / SPD / Union für Langeoog erklärt, dass die Gruppe weiter besteht.

**Zu Punkt 12: Beschlussfassung des Rates über die neue Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse**

a) Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses

Bürgermeister Garrels erklärt die Sitzverteilung im Verwaltungsausschuss, der aus dem Bürgermeister, Kraft seines Amtes, und 2 Beigeordneten besteht. Die Mehrheitsverhältnisse müssen sich in den Ausschüssen widerspiegeln.

Durch das unveränderte Bestehen der Mehrheitsgruppe ändern sich die Mehrheitsverhältnisse im Verwaltungsausschuss nicht.

Stv. Bürgermeister Bohlen als Sprecher der Gruppe erklärt, dass sich die Besetzung der Beigeordneten und deren Vertreter nicht ändert. Beigeordnete sind:

Stv. Bürgermeister Dirk Bohlen und Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen

Stellvertreter sind Ratsherr Rainer Adelmund und Ratsherr Johann Bünning.

Ratsherr Kämper erklärt, dass er weiter das Grundmandat wahrnehme.

Der Rat beschließt einstimmig die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses.

#### b) Zusammensetzung der Ausschüsse

Stv. Bürgermeister Bohlen als Sprecher der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen / SPD / Union für Langeoog teilt mit, dass die Gruppe die bisherige Ausschussbesetzung nur dahingehend ändert, dass Ratsfrau Vanessa Schmidt die bisherigen Plätze von Joke Pouliart in den Ausschüssen übernimmt.

Ratsherr Kämper, Fraktionssprecher der CDU, teilt mit, dass seine Fraktion ebenfalls von einer Neubesetzung der Ausschüsse absehe.

Daraus ergibt sich eine Neubesetzung der folgenden Ausschüsse:

#### **Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Landschaftsausschuss (ab 21.11.2013)**

Ratsfrau Vanessa Schmidt, **Vorsitzende**  
 Stv. Bürgermeister Dirk Bohlen, **Stv. Vorsitzender**  
 Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen  
 Ratsherr Rainer Adelmund  
 Ratsherr Gert Kämper  
 Ratsherr Olaf Sommer  
 Ratsherr Sigurd Uecker

#### **Tourismusausschuss**

Ratsvorsitzende Birgit Kolb-Binder, **Vorsitzende**  
 Stv. Bürgermeister Dirk Bohlen  
 Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen  
 Ratsherr Rainer Adelmund, **Stv. Vorsitzender**  
 Ratsherr Gert Kämper  
 Ratsfrau Vanessa Schmidt  
 Ratsherr Sigurd Uecker

#### **Jugend- und Sozialausschuss**

Ratsherr Rainer Adelmund, **Vorsitzender**  
 Ratsvorsitzende Birgit Kolb-Binder  
 Stv. Bürgermeister Dirk Bohlen, **Stv. Vorsitzender**  
 Ratsherr Johann Bünning  
 Ratsherr Willy Bollenberg  
 Ratsfrau Vanessa Schmidt  
 Ratsherr Sigurd Uecker

**Zu Punkt 13: Ausschreibung neues Feuerwehrgebäude**  
**(s. Vorlage Nr. VO16-015)**

Stv. Bürgermeister Bohlen bringt vor, dass bei den vorherigen Beratungen von der Mehrheitsgruppe immer eine Verknüpfung der Ausschreibungen Grundstück altes Feuerwehrgebäude gegen den Neubau vorausgesetzt wurde und die Verknüpfung auch weiterhin so gewollt sei.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass für das Verfahren eine anwaltliche Beratung über die PWC AG hinzugeholt wurde und berichtet über ein Gespräch am 02.02.2016. Die PWC AG empfehle die Ausschreibungen für den Bau des neuen Feuerwehrgebäudes und den Verkauf der alten Feuerwehr in zwei Verfahren durchzuführen. Es handle sich um zwei unterschiedliche Geschäfte. Es bestehe die Gefahr, dass ein Bewerber eher Interesse an einem möglichen hohen Profit aus der Verwertung des alten Gebäudes und einer möglichst kostengünstigen Erstellung der neuen Feuerwehr habe. Die Fachunternehmen für Feuerwehrgerätehäuser würden sich bei Verknüpfung beider Projekte möglicherweise nicht bewerben. Außerdem diene die Trennung beider Verfahren der Transparenz der Ausschreibung. Die PWC AG wird ihre Empfehlungen schriftlich darlegen. Bürgermeister Garrels rät die Ausführungen abzuwarten.

Stv. Bürgermeister Bohlen befürchtet eine finanzielle Belastung für den Haushalt, da die Kosten für den Bau des Feuerwehrgebäudes eingestellt werden müssten. Er wünsche eine eins zu eins Ausschreibung.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass die PWC AG in dem Gespräch das Für und Wider erläutert habe. Er bittet die Stellungnahme von PWC abzuwarten um das beste und sicherste Verfahren zur Ausschreibung auszuwählen. Die Baukosten werden hauptsächlich in 2017 anfallen, so dass auch der Verkaufserlös für 2017 eingeplant werde. Dies werde auch die Ausschreibung beinhalten. Damit würde der Haushalt auch ausgeglichen.

Allgemeiner Vertreter Heimes schlägt vor, beide Verfahren über die PWC AG prüfen zu lassen und dem Rat vorzustellen.

Stv. Bürgermeister Bohlen stellt den Antrag Firma PWC mit der Prüfung zu beauftragen, welches Verfahren das Richtigere ist und dem Rat das Ergebnis vorzulegen.

Nach dem Hinweis von Ratsherrn Uecker, dass genau dies der Verwaltungsvorschlag sei, zieht Stv. Bohlen seinen Antrag zurück und stellt den Antrag dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Der Rat beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Verwaltung mit der Planung und Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens für den Bau des neuen Feuerwehrgebäudes zu beauftragen und den Ausschreibungstext dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Das Verfahren wird durch die PWC AG begleitet. Ergibt sich kein wirtschaftliches Angebot, führt die Verwaltung eine öffentliche Ausschreibung mit einem anschließenden Interessenbekundungsverfahren für die Verwertung des alten Feuerwehrgebäudes durch.

**Zu Punkt 14: Ankauf des Feuerwehrgeländes am Süderdünenring**  
**(s. Vorlage Nr. VO16-016)**

Stv. Bürgermeister Bohlen äußert seinen Unmut über das Verhalten des Landes. Das Land verlange der Kommune Unsummen von Geldern für die Flächen ab, dabei gehe die Kommune im Fall des Feuerwehrgerätehauses nur ihrer Pflicht nach. Stv. Bürgermeister Bohlen teilt mit, dass er am kommenden Freitag in Hannover an einem Gespräch der Fraktions-sprecher teilnehmen werde. Dort werde er bei dem Gespräch mit den Regierungsvertretern darauf drängen, dass die Zusagen des Landes zur Konsolidierung eingehalten werden. Außerdem werde er vorbringen, dass es unmöglich sei für die landeseigenen Grundstücke der Kommune einen so hohen Preis abzuverlangen.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass das Land keinen Nachlass gewähren werde. Man habe sich mit dem Land darauf verständigt, nur die zwingend benötigten Flächen zu kaufen. Dazu müsse die Gemeinde aber auch den gesamten Grünstreifen vom „bliev hier“ bis „Haus Stol-per“ pachten. Der Landkreis werde nur die benötigten Flächen für die neue Rettungswache erwerben.

Auf Antrag Ratsherr Bohlen beschließt der Rat einstimmig die für das Feuerwehrgelände zwingend erforderlichen Flächen am Süderdünenring zum Preis von 90,00 €/qm vom Land zu erwerben. Derzeit ergibt sich bei einem voraussichtlichen Flächenbedarf von ca. 2.800 qm ein Kaufpreis von ca. 252.000,00 € zzgl. Grunderwerbssteuer, Vermessung und Beurkundung.

**Zu Punkt 15: Antrag Eheleute Karin und Hans-Hermann Otten, Vormann-Otten-Weg 18, auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes D „Ortsmitte“**  
**(s. Vorlage Nr. VO16-030)**

Stv. Bürgermeister Janssen teilt mit, dass er sich im Verwaltungsausschuss enthalten habe, da er noch eine Nachbesserung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes sehe. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bebauungsplanes sei die Werkstatt und die Wohnung bereits vorhanden gewesen. Seiner Meinung nach sei die Vorlage durch die Verwaltung bereits ablehnend formuliert. Er sehe einen Fehler bei der Aufstellung des Bebauungsplanes. Er stellt den Antrag zu prüfen, ob die Genehmigungslage bei der Aufstellung des Bebauungsplanes Ende der 80er Jahre übersehen worden sei. Der Fehler liege nicht bei den Eheleuten Otten.

Ratsherr Kämper erklärt, dass vielleicht ein Fehler bei der Aufstellung erfolgt sein könnte, jetzt aber ein rechtskräftiger Bebauungsplan bestehe. Die Eheleute Otten hätten seinerzeit Einspruch einlegen können. Ratsherr Kämper verweist auf die vorgenommene Änderung am Wald und die Befreiung nach § 31 BauGB für das Haus Lemgo. Es sei eindeutig Unrecht dort Befreiungen auszusprechen und in diesem Fall nicht. Auch bei den Eheleuten Otten sollte eine Befreiung nach § 31 BauGB ausgesprochen und die Verwaltung beauftragt werden, die Angelegenheit zu prüfen.

Stv. Bürgermeister Janssen bringt vor, dass Altgenehmigungen vorhanden seien. Für das Jahr 2016 dulde der Landkreis die Gästevermietung in dem Haus. Ein Bauteppich sei für jedes Haus vorhanden, nur bei Familie Otten nicht. Er verweist auf seinen vorherigen Antrag.

Bürgermeister Garrels weist den Vorwurf zurück, die Verwaltung habe parteiisch gearbeitet. Seitens der Verwaltung sei die Angelegenheit geprüft worden und es gäbe klare Festlegungen, wann eine Befreiung erfolgen könne. Bei der Befreiung für das Haus Lemgo habe es sich um eine grundstücksbezogene Härte gehandelt. Bürgermeister Garrels legt dar, dass die Befreiung nur möglich sei, wenn Grundzüge der Planung nicht berührt seien. Die Baugrenzen stellen jedoch immer Grundzüge der Planung dar. Aus verwaltungsrechtlichen Gründen könne er den Antrag daher nur ablehnen.

Ratsherr Uecker kann den Standpunkt der Verwaltung verstehen, verweist aber auf den § 31 BauGB. Es gäbe keine Veränderung am Haus. Der Rat sollte für Familie Otten ein klares Signal setzen, dass eine Befreiung erfolgen wird.

Ratsherr Bollenberg schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Uecker an.

Ratsherr Kämper bringt vor, dass der Ausgang einer Prüfung der rechtmäßigen Aufstellung des Bebauungsplan sehr unklar sei. Hier müsse der Rat die Befreiung aussprechen. Er sehe auch keinen Präzedenzfall für anders gelagerte Fälle.

Ratsherr Kämper stellt den Antrag dem Antrag der Eheleute Karin und Hans-Hermann Otten auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplan D „Ortstmitte“ nach § 31 BauGB zuzustimmen und gleichzeitig die Verwaltung zu beauftragen den vermeintlichen Fehler bei der Aufstellung des Bebauungsplanes zu prüfen.

Stv. Bürgermeister Bohlen weist darauf hin, dass es Aufgabe des Rates sei die Zukunft der Insel zu bedenken. Die Bebauungspläne hätten einen hohen Stellenwert. In anderen Fällen wurden Anträge auf Ausnahmen bereits abgelehnt. Es sei schwierig einen Einzelfall zu entscheiden. Die Sachlage sollte in Ruhe geprüft und dann der Beschluss gefasst werden. Er beantragt über den Antrag von Stv. Bürgermeister Janssen abzustimmen.

Stv. Bürgermeister Janssen sieht im Gegensatz zur Verwaltung einen anderen Weg. Die Verwaltung soll beauftragt werden die Aufstellung des Bebauungsplanes zu prüfen. Die überbaubare Grundstücksfläche müsse um den Teil der ehemaligen Werkstatt vergrößert werden. Somit bräuchten die Eheleute Otten nur die Nutzungsänderung beantragen.

Bürgermeister Garrels wendet ein, dass er einen solchen Beschluss prüfen und ggf. Widerspruch einlegen müsse. Es könne jetzt nur eine Prüfung beantragt werden, aber keine Entscheidung für die Befreiung.

Ratsherr Uecker erklärt, dass wenn jetzt keine Befreiung erteilt würde und sich rausstelle, dass bei der Aufstellung des Bebauungsplanes kein Fehler gemacht wurde, der Rat keine Möglichkeit mehr hätte eine Befreiung nach § 31 auszusprechen. Er verweist auf den Antrag von Ratsherrn Kämper. Der Antrag von Stv. Bürgermeister Janssen könne mit aufgenommen werden. Ratsherr Uecker erläutert, warum die Verwaltung mit nein stimmen müsse.

Ratsherr Kämper schlägt einen kombinierten Antrag vor.

Ratsherr Bollenberg schließt sich den Ausführungen an.

Stv. Bürgermeister Janssen beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Der Rat beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Sitzung zu unterbrechen.

Schließung der Sitzung: 21.20 Uhr

21.25 Uhr Ratsvorsitzende Kolb-Binder eröffnet die Sitzung.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen dem Antrag der Eheleute Karin und Hans-Hermann Otten auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes D „Ortsmitte“ nach § 31 BauGB zuzustimmen und gleichzeitig die Verwaltung zu beauftragen einen möglichen Fehler bei der Aufstellung des Bebauungsplanes zu prüfen.

**Zu Punkt 16: Neugestaltung des Außenbereiches des Familien- und Sport-Erlebnisentrums  
(s. Vorlage Nr. VO16-031)**

Der Rat beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme den vorgelegten Entwurf zur Neugestaltung der Außenanlage des Familien- und Sport-Erlebnisentrums nach der derzeitigen Kostenschätzung von 251.500,00 Euro umgehend nach den genannten Kriterien auszuschreiben und die Ergebnisse dem Rat vorzulegen. Folgende Kriterien sind in der Ausschreibung aufzunehmen: Preis (70% Gewichtung), Qualität (30% Gewichtung), Fertigstellung zum 14.05.2016 (Grundvoraussetzung).

**Zu Punkt 17: Änderung der Satzung der Inselgemeinde Langeoog über die Entschädigung für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr Langeoog  
(s. Vorlage Nr. VO16-035)**

Auf Antrag Ratsherr Uecker beschließt der Rat einstimmig den beiden Stellvertretern des Gemeindebrandmeisters eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von jeweils 65,00 € zu zahlen. Die Satzung der Inselgemeinde Langeoog ist gem. des vorliegenden Entwurfs abzuändern.

**Zu Punkt 18: Antrag Ratsherr Kämper für ein ganzjähriges Verbot von Feuerwerken auf Langeoog**

Ratsherr Kämper erläutert seinen Antrag mit dem Hinweis, dass Langeoog im Nationalpark liege. Der Ortskern sei zum Schutz der Zug- und Wandervögel und der am Strand ruhenden Seehunde von Schutz- und Ruhezone umgeben. Der Antrag beinhalte ein Verbot von Höhenfeuerwerken und Böllern und Raketen zu Silvester. Ratsherr Kämper verweist auf das Beispiel der Insel Spiekeroog, wo bereits ein ganzjähriges Verbot ausgesprochen wurde.

Die Verwaltung wird eine entsprechende Vorlage erstellen und zur Beratung in den Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Landschaftsausschuss und den Tourismusausschuss geben.

**Zu Punkt 19: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten**

- a) Bürgermeister Garrels berichtet über ein Gespräch zum Thema Badewasserqualität und Badeverbot mit dem Landesgesundheitsamt in Aurich am 08.02.2016. Jedes Jahr würden einzelne Badeverbote aufgrund von Colibakterien und Enterokokken ausgesprochen. Die Untersuchungen hätten gezeigt, dass die Verunreinigungen zu meist mit Starkregenereignissen zu tun hätten. Das Gesundheitsamt gehe inzwischen sicher davon aus, dass die Verunreinigung in Bensenziel nicht von den Inseln ausgehe. Die Untersuchung sei Aufgabe des Landkreises und des Gesundheitsamtes.

- b) Bürgermeister Garrels verweist auf den geplanten Neubau des Deichschart durch das NLWKN und die Verlegung Richtung Hafen. Durch diese Verlegung würde ein neues Gefälle entstehen und das Sichtfeld des Lokführers stark verkürzt. Hierfür müssten der Bremsweg der Inselbahn und die Weichen neu berechnet werden. Außerdem liege das Bahnschart dann in einer Kurve. Die Neuverlegung wäre sehr aufwändig. Das NLWKN habe nun mitgeteilt, dass das Deichschart zurückverlegt und nahe dem alten Tor erneuert werde.

### **Zu Punkt 20: Anträge und Anfragen**

- a. Stv. Bürgermeister Bohlen trägt vor, dass durch das Ausscheiden von Ratsherrn Joke Pouliart nur noch ein Ratsmitglied im Vorstand der Seniorenwohnanlage „bliev hier“ vertreten sei. Stv. Bürgermeister Bohlen würde sich bereit erklären, die Aufgabe bis zum Ende der Ratsperiode zu übernehmen.

Bürgermeister Garrels weist darauf hin, dass für die Übernahme ein förmlicher Beschluss erforderlich sei. Er wird diesen zur nächsten Ratssitzung vorbereiten.

- b. Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf den Bericht des Bürgermeisters bezüglich der Wasserqualität. Er bittet zu bedenken, dass am Festland sehr viel Dünger auf die Felder ausgebracht würde. Ferner weist er darauf hin, dass es sehr auf eine fachgerechte Probenahme ankäme.
- c. Stv. Bürgermeister Janssen teilt mit, dass er gemeinsam mit Vertretern des Seglervereins ein Gespräch mit Herrn Thorenz und Herrn van Hoorn vom NLWKN zur Ausbaggerung des Hafens geführt habe. Wenn alles gut laufe, könne die Ausbaggerung in zwei Jahren erfolgen. Man habe auch die Genehmigung in Aussicht gestellt bekommen, das Spülfeld für die Schlickeinlagerung zu nutzen.
- d. Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die zukünftige ärztliche Versorgung Langeoogs. Er ist der Meinung, die Verwaltung habe sich zu spät um eine Nachfolge von Herrn Böhm gekümmert. Das gleiche befürchte er nun bei der ärztlichen Versorgung. Er bittet intensive Gespräche mit den Ärzten bezüglich der Nachfolge zu führen.
- e. Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die E-Mail von Ratsherrn Bollenberg bezüglich angezeigter Missstände zwischen der Verwaltung und Besatzungsmitgliedern. Die Mitarbeiter der Schifffahrt würden ihren Unmut gegenüber den Ratsmitgliedern äußern. Auch er sehe die dringende Notwendigkeit für einen runden Tisch.
- f. Stv. Bürgermeister Janssen erinnert an seinen Antrag für einen Unterstand für das Feuerwehrfahrzeug am Flugplatz. Die alte Garage könnte mit einfachen Mitteln kostengünstig wieder hergerichtet werden.
- g. Ratsherr Uecker gibt zu Protokoll, dass er vermehrt von Insulanern auf einen steigenden Grundwasserspiegel auf Langeoog angesprochen werde. Die Wiese gegenüber dem Mount Müll würde zur Wiedervernässung genutzt. Er bittet zu prüfen, ob die Unterhaltungsräumung einiger Gräben bewusst unterlassen werde.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass keine Änderungen bei der Grabenentwässerung vorgenommen wurden. Die Wiedervernässung dieser Weide sei eine vor Jahren angelegte Ausgleichsmaßnahme für den Golfplatz. Bürgermeister Garrels legt dar, dass sich die Wattflächen im Außenbereich erhöht hätten und dadurch eventuell der Anstieg zu erklären sei.

Stv. Bürgermeister Bohlen erläutert den Unterschied zwischen Oberflächenwasser und Grundwasser. Das Oberflächenwasser werde über die Gräben abgeführt. Er erklärt die Absenkung der Wiese durch das Einfräsen von Senken. Die Entwässerung erfolge nur über ein Sie. Es würde schon länger darüber nachgedacht das Oberflächenwasser dauerhaft nach außen zu pumpen.

### **Zu Punkt 21: Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **Zu Punkt 22: Schließung der Sitzung**

Ende der Sitzung: 21.55 Uhr



---

Uwe Garrels  
Bürgermeister



---

Katja Heimes  
Protokollführerin



---

Birgit Kolb-Binder  
Ratsvorsitzende